

# Sächsische Volkszeitung

## Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Wochensatz täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Abgabe A mit „Die Zeit im Wort und Bild“ vierteljährlich 2.00 M. In Dresden durch Post 2.40 M. In ganz Deutschland frei Post 2.50 M.; in Österreich 4.40 K.  
Abgabe B ohne Illustrierte Beilage vierteljährlich 1.50 M. In Dresden durch Post 2.10 M. In ganz Deutschland frei Post 2.20 M.; in Österreich 4.07 K. — Einzel-Nr. 10 Pf.

Inserate werden die Spaltenweise berechnet, ober deren Raum mit 20 J. Reklamen mit 60 J. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechende Rabatte.

Verleger: Verlags- und Druckerei-Gesellschaft: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1306.  
Für Rückgabe unbenutzter Exemplare keine Verantwortlichkeit.  
Redaktions-Drucknummer: 11 bis 12 Uhr.

### Die Wahltaktik des Zentrums.

Dresden, den 4. Januar 1912.

Allmählich beginnen auch die vielen Gegner des Zentrums sich von dessen richtiger Wahlparole zu überzeugen. Sie machte ihnen bisher mehr Kopfzerbrechen als den Zentrumswählern; denn diese folgen der Parole aus Disziplin gern. Welches die Wahltaktik des Zentrums ist, erkennt die konservative „Kreuzzeitung“ sehr richtig, indem sie schreibt:

„Das Zentrum als die stärkste und bestorganisierte Partei im Reich legt seine ganze Kraft ein, um eine Mehrheit der Linken im Reichstage zu verhindern; es unterstützt die Parteien der Rechten in vielen Wahlkreisen, wo es selber nicht die Mehrheit hat, und sucht unter Verzicht auf eigene Zählkandidaturen entweder im ersten Wahlgang deren Kandidaten zum Siege zu verhelfen, oder sie wenigstens in die Stichwahl zu bringen.“

An der Hand dieser Taktik hat sich der Aufmarsch des Zentrums im ganzen Reich vollzogen. Auch die Parteiorganisationen in Sachsen folgten ihre Beschlüsse nach diesem Grundprinzip. Man hat mit dem Grundsatze gebrochen, durch Zählkandidaturen viele Stimmen dem Zentrum zuzuführen, sondern beschloß, in der Hauptwahl den rechtsstehenden Kandidaten zu unterstützen, wenn irgend eine Aussicht vorhanden ist, ihn gegen den linksstehenden Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Diese Wahlparole wurde in allen Bundesstaaten zielbewußt befolgt, selbst unter Leistung von großen Opfern für die eigene Partei. Wir nennen als Beispiel den Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal, wo das Zentrum fast die absolute Mehrheit hat; es tritt trotzdem für den konservativen Kandidaten ein. In Wieselsfeld-Wiedenbrunn, wo es mehrere Legislaturperioden hindurch den Abgeordneten gestellt hatte, tritt es für die Sammelkandidatur Graf Posadowsky ein. Unter dem vom Zentrum im ersten Wahlgang unterstützten Kandidaten befinden sich auch einige Rechtsnationalliberale und 5 Christlichsoziale. Besonders groß ist die Zahl der schlesischen Wahlkreise, in denen das Zentrum die Konservativen unterstützt.

In den sächsischen Wahlkreisen tritt das Zentrum für folgende rechtsstehende Kandidaten ein:

- im 2. Wahlkreis (Löbau) für Fabrikant F o r s t e r -Spremburg (Reichspartei);
- im 3. Wahlkreis (Wangen) für den bisherigen Abgeordneten Weinbändler G r ä f e (Reformpartei);
- im 8. Wahlkreis (Pirna) für den Rechtsanwalt Dr. B ö h m e (konservative Partei);
- im 9. Wahlkreis (Freiberg) für den bisherigen Vertreter Dr. W a g n e r (konservative Partei);
- im 10. Wahlkreis (Döbeln) für den Buchbinder-Obermeister U n r a s c h (konservative Partei);
- im 11. Wahlkreis (Oschatz-Grimma) für den bisherigen Vertreter Oberamtsrichter Dr. G i e s e (kons. Partei);
- im 12. Wahlkreis (Leipzig-Stadt) für den Marinepfarrer W a n g e m a n n (Wirtsch. Vereinigung);
- im 13. Wahlkreis (Leipzig-Land) für den Schriftsteller Dr. H e n r i c i (Reichspartei);
- im 14. Wahlkreis (Borna) für den Generalleutnant a. D. v. L i e b e r t (Reichspartei);
- im 15. Wahlkreis (Burgstädt-Zöbisch) für den Kommerzienrat R. W i l i s c h (konservative Partei);
- im 20. Wahlkreis (Marienberg) für den Landgerichtsrat Dr. W a n g l e r (konservative Partei).

In den übrigen Wahlkreisen stellt die Zentrumsorganisation als Kandidaten Herrn Matthias Erzberger-Berlin auf. Im Zittauer Wahlkreis hat der konservative Kandidat keinerlei Aussicht, in die Stichwahl zu kommen, auch wenn die Zentrumswähler bei der Hauptwahl für ihn eintreten würden. Das ergibt sich aus den Resultaten der letzten Wahl. Das Zentrumswahlkomitee hat daher sehr richtig gehandelt, wenn es Erzberger als Kandidaten aufstellte, um mit vorbildlichem Hochdruck die Wähler für diesen verdienstvollen Abgeordneten zu begeistern. Für die beiden Dresdner Wahlkreise Dresden-Neustadt und Dresden-Land sprach derselbe Grund für die Aufstellung eines Zentrumskandidaten. Anders liegen die Verhältnisse im 5. Wahlkreise (Dresden-Stadt); hier waren nur zwei Kandidaten aufgestellt: der Nationalliberale Dr. Heinze und der Sozialdemokrat Dr. Gradnauer. Nach langen Beratungen wurde die Aufstellung einer Zentrumskandidatur beschlossen. Es führte hierzu folgende Erwägung: Es hätte den Zentrumswählern, die doch meist aus Katholiken bestehen, nicht zugemutet werden können, bei der Hauptwahl einem Nationalliberalen die Stimme zu geben. Die meisten wären von der Wahlurne fern geblieben; sie konnten sich dabei auf die Wahltaktik der Zentrumsparthei stützen. Es kann aber den Gesinnungsgenossen noch weniger angenehm sein, wenn der sozialdemokratische Kandidat den Sieg davon trägt. Die Trägheit und Disziplinlosigkeit der bürgerlichen Wähler ist ein altes Uebel. Viele Mandate verdankt die rote Partei nur dem Umstande, daß sie den letzten Mann an die Urne schleppt, während die staatsverhaltenden Parteien in der Erfüllung ihrer Wahlpflicht kaumfällig sind. Erst bei der Stichwahl, wenn im ersten Ansturm die rote Partei den Wahlkreis noch nicht genommen hat, lassen sie sich ihre

Schlammzüge leisten und gehen wählen. Das Zentrumsfählein vermehrt die Anzahl der bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen, es führt eine Schaar Wähler herbei, die bei der Hauptwahl nicht an die Wahlurne gegangen wären, weil sie sich nicht hätten entschließen können, für eines der beiden Uebel einzutreten. Durch die Zentrumskandidatur aber geben sie ihrer Überzeugung manhaften Ausdruck und protestieren zugleich gegen die Unterstellung, als ob die Nichtabgabe einer Parole für Dr. Heinze eine indirekte Begünstigung der Sozialdemokraten sei. Die Zentrumskandidatur ist im Gegenteil eine Wahlhilfe für Heinze in ihrer Folgeerscheinung.

Wenn die beiden Leipziger Wahlkreise von einer Zentrumskandidatur absehen, trotzdem die Konservativen nicht viel Aussicht haben in die Stichwahl zu kommen, so glaubte der Zentralsvorstand in Dresden, als ihm dieser Beschluß der Ortsorganisation zur Kenntnis kam, diesen mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse und die vorgeschrittene Zeit billigen zu müssen. Die Wahlkreise von Chemnitz, Glauchau-Meerane, Zwickau, Stollberg-Schneeberg, Annaberg, Auerbach und Plauen-Deßnitz i. V. beschloßen konform der Wahlparole der Zentrumsparthei die Aufstellung einer eigenen Kandidatur. — Nach dieser Klarlegung der praktischen Befolgung der Wahlparole im Königreich Sachsen gehen wir wieder auf die Beurteilung über, welche sie im ganzen Reich gefunden hat. Es hat gar keine Schwierigkeiten gemacht, die Wählerschaft im ganzen Reich für diese Stellungnahme zu gewinnen, wie auch sehr richtig die „Straßburger Post“ schreibt:

„Diese Stichwahlpolitik kann sich natürlich nur eine Partei von der Stärke und der Disziplin des Zentrums leisten. Sie braucht einige Mandatsverluste nicht allzu tragisch zu nehmen, und sie ist der Gefolgschaft ihrer Anhänger absolut sicher.“

Der „Kreuzzeitung“ imponiert das Verhalten der Zentrumswähler und sie hält dasselbe nur dadurch für möglich, daß die Anhänger des Zentrums die Uebereinstimmung der Parteitaktik mit von Parteigrundsätzen begreifen und anerkennen. Diese Taktik läuft einfach darauf hinaus, im Reichstage jede Wehrheitsbildung ohne das Zentrum unmöglich zu machen. Es ist ausgeschlossen, daß jemals die Rechte mit dem rosaroten Block gemeinsame Sache machen wird. Rechte und bürgerliche Linke werden dank der Wahlhege der Liberalen kaum zusammen eine Mehrheit bilden können. Wohl aber wird das Zentrum wieder die Auswahl unter seinen Bundesgenossen haben und entweder mit der Rechten oder mit der Linken seine Kompromisse schließen können, wenn es ihm gelingt, eine wesentliche Schwächung der Rechten zu verhindern. Im Besitz einer solchen Zwischstufe wird das Zentrum groß dastehen. Es opfert aber bei seiner Wahltaktik nichts von seinen Grundfähnen, denn in den Weltanschauungsfrezen steht es der Rechten, besonders den Christlichsozialen näher, als irgend eine andere Partei.“

Wir unterzeichnen besonders den wertvollen Satz, daß das Zentrum nichts von seinen Grundfähnen opfert durch die heutige Politik. — Noch bemerkenswerter ist, was die „Kreuzzeitung“ nun über das Verhalten der Konservativen sagt:

„Das ist auch der Grund für die konservativen Wähler, Gegenseitigkeit zu üben. Trotz aller konfessioneller Abneigung weiter konservativer Kreise gegen die einseitig katholische Partei (das ist das Zentrum nicht, D. R.) regt sich doch schon längst kein Widerspruch mehr in unserer Partei gegen die Annahme und die Erweiterung der Zentrumshilfe. Ausdrücklich sei hier nochmals festgesetzt, daß das Zentrum rein aus eigener Initiative und aus eigener Erkenntnis der taktischen Vorteile unsere Kandidaten unterstützt, daß es dafür keinerlei Gegenleistung verlangt, und daß diese wiederum aus der eigenen Initiative unserer eigenen Partei hervorgeht. Ein Wahlakt, wie der des bayerischen Großblocks ist weder offiziell noch heimlich geschlossen worden. Kein Kandidat der Rechten und kein Kandidat des Zentrums geht irgendwelche Bedingungen für die Unterstützung der Partei ein. Solche Bedingungen legt wohl die Sozialdemokratie ihren Klienten auf, weil man bei einem liberalen Kandidaten nie wissen kann, wie er sich im einzelnen Falle entscheiden wird, und aus demselben Grunde hat Herr v. Seydewitz auch vorgeschlagen, konservative Hilfe für liberale Stichwahlkandidaten von der Unterwerfung unter strenge Bedingungen abhängig zu machen. Zwischen der Rechten und dem Zentrum sind solche Abmachungen zwecklos; denn darüber, wie ein konservativer Abgeordneter im einzelnen Falle stimmen wird, ist bei dem allgemein bekannten Charakter und der Einheitslichkeit unserer Partei kaum je ein Zweifel möglich, und daß ein Zentrumsmann von irgend einer anderen Partei sich Bedingungen und Vorschriften machen ließe, ist ebenso undenkbar. Darum sind alle Redensarten von einem schwarz-blauen Wahlbündnis nicht nur unwahr, sondern auch sinnlos. Oder haben etwa die zahlreichen freisinnigen Abgeordneten, die 1907 vom Zentrum die entscheidende Wahlhilfe erhielten, sich dem „Zentrum unterworfen“, sich als „Zentrumsgebilde“ gefühlt? Unter ihnen war auch der fortschrittliche Abgeordnete Deser, Redakteur derselben

„Frankfurter Zeitung“, in deren Spalten die Annahme von Zentrumsstimmen als ein Verrat am Protestantismus geschildert wird. Im Jahre 1912 scheint der Fortschritt sich auf die Kulturmission der Sozialdemokratie zu verlassen, sein Schifflein an diese schneller segelnde Fregatte anzuhängen zu wollen, und er vergißt der Dienste, die ihm vor wenigen Jahren noch die reaktionäre Zentrumsparthei geleistet hat.“

Die Zentrumswähler werden aus diesen Darlegungen die alte Überzeugung gefestigt erhalten, der Parole der Partei in allen Kreisen strikte zu folgen und nur den empfohlenen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

### Politische Rundschau.

Dresden, den 4. Januar 1912.

— Die Wahlausichten in Bayern. Von den 48 bayerischen Mandaten im Reichstage befanden sich bisher 33 im Besitze des Zentrums, 5 in dem der konservativen Bündler, zusammen also 38 im Besitze des schwarz-blauen Blocks; nur 10 im Besitze der Linken. Von diesen 10 Mandaten besaßen die Sozialdemokraten und Nationalliberalen je 4 und die Freisinnigen 2. Von den 38 Wahlkreisen hatte das Zentrum allein in 18 über zwei Drittel aller Stimmen erhalten, und zwar in Michau, Ingolstadt, Wasserburg, Weilheim, Traunstein, Landshut, Passau, Deggendorf, Kelheim, Regensburg, Amberg, Neumarkt, Neunburg v. B., Neustadt a. B. R., Achaffenburg, Lohr, Dillingen und Kaufbeuren.

— Für Kulturzwecke ist nie Geld da. Alles wird dem Moloch Militarismus in den Rücken geschoben, für Kulturzwecke wird nichts aufgewendet; das ist so ein beliebter Schläger („Leipziger Volkszeit.“ Nr. 294, 1911), der auch heute wieder in den Dienst der sozialdemokratischen Wahlpropaganda gestellt wird. Diese Behauptung ist natürlich eine dreiste Lüge. Eine Zusammenstellung der großen Ausgabegruppen in Reich, Staat und Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern lehrt nämlich, daß weitaus nicht die meisten Ausgaben auf Heer und Flotte entfallen, sondern für Kulturzwecke verwandt werden. Es wurden zum Beispiel im Jahre 1907 ausgegeben für: Neuere Anglegenheiten 144 Millionen Mark, Gesundheitspflege 150 Millionen Mark, Armen-, Kranken- und Waisenspflege 151 Millionen Mark, Justiz 25 Millionen Mark, Kultus, Schule, Wissenschaft und Kunst 727 Millionen Mark, Finanzverwaltung 778 Millionen Mark, Schuldendienst 955 Millionen Mark, Heer und Marine 1104 Millionen Mark, Innere Verwaltung 1372 Millionen Mark. Den 1104 Millionen Mark für Külturzwecke standen also im Jahre 1907 nicht weniger wie 4512 Millionen Mark für andere Zwecke gegenüber. Und dabei sind die vielen kleineren Städte, Flecken und Gemeinden noch gar nicht mitgezählt. Es muß jedoch darauf aufmerksam gemacht werden, daß durchaus nicht die ganze genannte Summe aus Steuern aufgebracht wurde. Vielmehr betragen alle Steuern zusammen im genannten Jahre nur rund 3000 Millionen Mark. Die Erwerbsanstalten des Reich, Staat und Gemeinde liefern eben eine erhebliche Summe von Ueberflüssen, die für Kulturzwecke mitbenutzt werden. Die Aufwendungen für Kulturzwecke übertreffen diejenigen für Heer und Flotte also um ein bedeutendes. Wenn die Sozialdemokratie den gegenseitigen Anschein zu erwecken sucht, so geschieht das lediglich zu Hehzzwecken!

— Ungünstige Ausichten im Diamantenlande. Auf die Hochkonjunktur, die sich in Deutsch-Südwestafrika an das Auffinden der Diamanten in den Jahren 1909/10 anknüpfte, ist jetzt eine schwere Reaktion gefolgt. Die Berichte, die aus Deutsch-Südwestafrika über das Wirtschaftsleben einlaufen, lauten nach dem „Berl. Tagebl.“ äußerst pessimistisch und der starke Geldmangel hat eine Reihe von Zusammenbrüchen zur Folge gehabt. Ganz besonders macht sich im Diamantengebiete eine Krise bemerkbar, die durch verschiedene Ursachen hervorgerufen wird. In erster Reihe erschwert der starke Arbeitermangel einen rationellen Abbau der Diamantenfelder, andererseits werden durch die steigenden Förderungskosten die Betriebe erheblich belastet, ferner kommt, daß der Ausfuhrzoll in Höhe von 33 1/2 Prozent angesichts der erhöhten Produktionskosten sich besonders unangenehm fühlbar macht. Ein rentabler Abbau im Diamantengebiet ist in den meisten Fällen nicht mehr möglich, und so kommt es, daß von den im Jahre 1909/10 gegründeten circa 100 Diamantengesellschaften fast alle bereits wieder von der Wildflut verschwunden sind. Einen Abbau betreiben überhaupt nur noch die koloniale Bergbau-gesellschaft (Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika) mit circa 15 000 Karat, die Colmanskop-Gesellschaft, die Vereinigten Diamantenminen in Lüderitzbucht und die dem Fiskus gehörenden Diamantenpochgesellschaften. Alle anderen Diamantengesellschaften haben den Betrieb wegen Unrentabilität eingestellt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die jetzt noch abbauenden Gesellschaften zum Teil ihre Betriebe nicht oder doch nicht in dem jetzigen Umfange aufrecht erhalten können. Eine Aenderung des Zollsystems, wie wir sie fordern, ist unausschießbar notwendig. Warum zögert das Reichskolonialamt noch?

— Eine neue rote Lüge. Eine ganze Anzahl sozial demokratischer Blätter legt dem Abg. Erzberger folgend Worte in den Mund: „Auf dem Lande ist die Unfruchtbarkeit zu groß!“ Wie uns der genannte Abgeordnete mitteilt,